

Perspektiven 2011/2012: Deutsche Wirtschaft im Aufschwung¹

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose*

Weltwirtschaft

Im Frühjahr 2011 befindet sich die Weltwirtschaft im Aufschwung. Vor allem in den Schwellenländern ist die konjunkturelle Dynamik, nach einer Phase merklich langsamerer Expansion im Sommerhalbjahr 2010, gegenwärtig wieder hoch. Aber auch in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften haben Produktion und Handel zuletzt merklich angezogen. Freilich ist das Expansionstempo der US-Wirtschaft im Vergleich zu früheren Aufschwüngen immer noch mäßig. Im Euroraum ist das Bild ausgesprochen uneinheitlich, mit Aufschwung in Deutschland und einigen Nachbarländern und Stagnation im Mittelmeerraum.

Gegenwärtig steht die Welt unter dem Eindruck der Natur- und Reaktorkatastrophe in Japan. Erfahrungsgemäß sind die makroökonomischen Auswirkungen von Naturkatastrophen in Industrieländern zwar nicht gravierend. In diesem Fall rechnen die Institute aber mit spürbar höheren Produktionsverlusten als etwa nach dem Erdbeben im japanischen Kobe 1995. Es wird wohl einige Monate dauern, bis wieder ausreichend Stromkapazitäten zur Verfügung stehen und Produktionsengpässe behoben sind. Auswirkungen auf die Konjunktur in der übrigen Welt werden aber voraussichtlich nur kurzzeitig spürbar sein.

Ebenfalls verunsichernd wirken die politischen Umbrüche im arabischen Raum. Für die Weltkonjunktur sind sie vor allem deshalb von Bedeutung, weil sie ein Risiko für die Versorgung der Weltwirtschaft mit Erdöl darstellen. Der jüngste Ölpreisanstieg ist allerdings zum größten Teil Reflex der guten Weltkonjunktur. Nur gut 10 US-\$ pro Barrel dürften auf erhöhte Versorgungsrisiken zurückzuführen sein. Dies dürfte die weltwirtschaftliche Expansion nur wenig schmälern.

Auch die Preise für Industrierohstoffe und Nahrungsmittel haben seit Sommer 2010 stark zugelegt. Eine wesentliche Ursache der hohen Preisdynamik bei den Rohstoffen sind die weltweit nach wie vor sehr niedrigen Zinsen. In den USA, im Euroraum, in Großbritannien und in Japan wurden die Leitzinsen noch nicht angehoben, auch wenn die EUROPÄISCHE ZENTRALBANK (EZB) einen Zinsschritt angedeutet hat. Anders als die Geldpolitik ist die Finanzpolitik nicht mehr deutlich expansiv ausgerichtet, denn viele finanzpolitische Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Finanz- und Wirtschaftskrise ergriffen worden waren, sind nun ausgelaufen.

Der weltwirtschaftliche Aufschwung wird in diesem und im kommenden Jahr andauern, er wird sich aber moderat abschwächen. Denn insbesondere in den Schwellenländern dürfte die Wirtschaftspolitik den Restriktionsgrad weiter erhöhen, um den Preisauftrieb abzumildern. In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften wird sich die Erholung fortsetzen, denn die Geldpolitik bleibt expansiv und die dämpfenden Nachwirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise lassen langsam nach. Insgesamt dürfte die Weltproduktion in diesem Jahr um knapp 3,5 % ausgeweitet werden. Der Welthandel wird mit voraussichtlich 9 % in diesem Jahr recht kräftig und im kommenden Jahr mit 7 % expandieren.

Deutsche Wirtschaft

Deutschland befindet sich im Frühjahr 2011 in einem kräftigen Aufschwung. Die schwächere Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion im vierten Quartal 2010 war vorwiegend dem frühen Wintereinbruch geschuldet und deutet nicht auf ein Nachlassen der Auftriebskräfte hin. Der Aufschwung wird sowohl von der Nachfrage aus dem Ausland als auch von der Binnenkonjunktur getragen. In der Industrie stiegen die Auftragseingänge bis zuletzt aus allen Weltregionen kräftig. Die Unternehmen schätzen die wirtschaftliche Lage so günstig ein wie zuletzt zur Zeit der Wiedervereinigung. Die Bauwirtschaft profitiert weiterhin von den niedrigen Zinsen. Für das erste Quartal dieses Jahres lassen die vorliegenden Indikatoren einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 0,8 % erwarten.

Vieles deutet darauf hin, dass die Expansion in den kommenden Monaten kräftig bleiben wird. Wichtige Umfrageindikatoren liegen nahe bei ihren Höchstständen, die internationale Konjunktur ist weiter aufwärts gerichtet und die Zinsen dürften niedrig bleiben. Zudem steigen Beschäftigung und Löhne, womit sich die Einkommenssituation der privaten Haushalte weiter verbessert.

Für den Prognosezeitraum ist eine allmähliche Verschiebung zwischen den Auftriebskräften zu erwarten. Die Binnennachfrage wird zwar durch die leicht restriktiv ausgerichtete Finanzpolitik und im laufenden Jahr auch

* Zusammengefasst von Dr. Wolfgang Nierhaus, wissenschaftlicher Mitarbeiter des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung, München.

durch den Kaufkraftentzug infolge der stark gestiegenen Rohstoffpreise gedämpft. Dem steht aber gegenüber, dass die einheitliche europäische Geldpolitik in Deutschland weiterhin sehr expansiv wirkt. Dadurch wird die Investitionstätigkeit stimuliert. Im Wohnungsbau dürfte sich die Aufwärtstendenz fortsetzen. Die Ausrüstungsinvestitionen werden überdies durch die steigende Kapazitätsauslastung und die günstigen Finanzierungsbedingungen angeregt. Die privaten Konsumausgaben dürften aufgrund der steigenden Beschäftigung und höherer Lohnneinkommen robust zunehmen. Insgesamt wird die Inlandsnachfrage mit nahezu unverändertem Tempo zulegen. Der Außenhandel wird hingegen in einem geringeren Maße zur Expansion beitragen als im Jahr 2010. Aufgrund der zügig steigenden Inlandsnachfrage werden die Einfuhren stärker ausgeweitet als in der zweiten Hälfte des Jahres 2010. Zugleich verlangsamt sich der Anstieg der Exporte vorübergehend. Dazu trägt bei, dass deutsche Unternehmen etwas an preislicher Wettbewerbsfähigkeit verlieren dürften, da die Lohnstückkosten hierzulande verstärkt zunehmen. Erst gegen Ende des

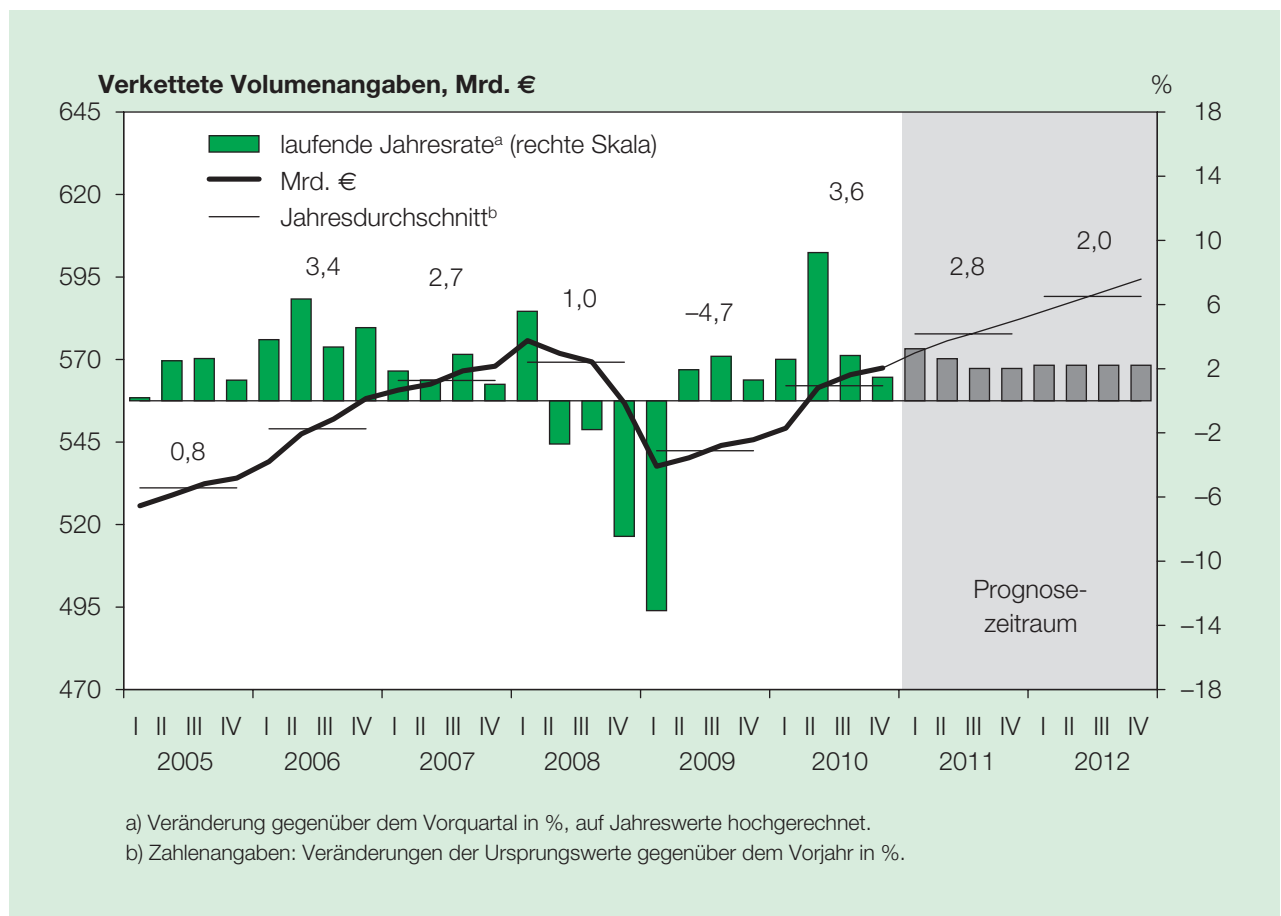
Prognosezeitraums gewinnen die Ausfuhren voraussichtlich wieder leicht an Fahrt, wenn die Wirtschaft im Euro-Raum und in den USA etwas kräftiger expandiert.

Alles in allem erwarten die Institute, dass das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um 2,8% und im kommenden um 2,0% zunimmt. Das 68%-Prognoseintervall für 2011 liegt zwischen 2,0% und 3,6% (vgl. Abb. 1).

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt wird sich angesichts des kräftigen Aufschwungs weiter verbessern. Allerdings dürfte sich die Zunahme der Beschäftigung im Prognosezeitraum verlangsamen, weil die Ausweitung der Produktion etwas nachlässt und die Beschäftigung durch die Lohnentwicklung weniger gefördert wird. Die Institute erwarten einen Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen um 430.000 in diesem und um 275.000 im nächsten Jahr. Für die Jahre 2011 und 2012 wird eine Arbeitslosenquote von 6,9% bzw. 6,5% erwartet (vgl. Tab. 1).

Infolge der kräftigen Konjunktur hat sich der Preis- und Kostenauftrieb in Deutschland beschleunigt. Bereits seit Mitte des vergangenen Jahres zieht die Inflation an;

Abbildung 1: Bruttoinlandsprodukt in Deutschland (preisbereinigt, saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf)



Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen der Institute, ab 1. Quartal 2011: Schätzungen der Institute.

im ersten Quartal 2011 waren die Verbraucherpreise um 2,1% höher als ein Jahr zuvor. Darin macht sich zwar in erster Linie die Verteuerung von Rohstoffen, insbesondere von Rohöl, bemerkbar. Aber auch die Kerninflation ist mittlerweile gestiegen; durch die niedrigen Zinsen der EZB wird die Preisstabilität in Deutschland zunehmend gefährdet.

Mit steigender Beschäftigung und rückläufiger Arbeitslosigkeit kommt es in immer mehr Segmenten des Arbeitsmarktes zu Knappheiten, wodurch sich der Anstieg der Effektivlöhne beschleunigen dürfte. Zwar lässt – unter der Annahme konstanter Rohstoffpreise – der Kostendruck von den Rohstoffmärkten her im Prognosezeitraum nach, jedoch verstärkt sich der interne Preisauftrieb. Insgesamt erwarten die Institute eine Inflationsrate von 2,4% in diesem und von 2,0% im kommenden Jahr.

Die anhaltend kräftige Konjunktur und die Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung schlagen sich in einer deutlich verbesserten Lage der öffentlichen Finanzen nieder. Für 2011 wird ein Budgetdefizit des Staates von 45 Mrd. € erwartet, das im Jahr 2012 auf 23 1/2 Mrd. €

sinken dürfte. In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt liegt das Defizit bei 1,7% im Jahr 2011 und bei 0,9% im Jahr 2012. Da die Produktionslücke im Jahr 2012 leicht positiv sein wird, impliziert dies ein strukturelles Defizit von rund 1%, nach 1 1/2% im Jahr 2011.

Risiken kommen vor allem aus dem internationalen Umfeld. Eine weitere merkliche Verteuerung von Rohstoffen, insbesondere wenn sie aus einer Angebotsverknappung resultiert, die bei einer Eskalation der Situation im arabischen Raum drohen würde, dürfte die Expansion international und national deutlich dämpfen. Auch ist die Lage der öffentlichen Haushalte vieler Länder des Euro-raums nach wie vor angespannt. Eine Zuspitzung der Schulden- und Vertrauenskrise dürfte die deutsche Wirtschaft erheblich belasten.

Allerdings besteht auch die Möglichkeit, dass die Expansion kräftiger ausfällt als hier prognostiziert. So sind die Zinsen in zahlreichen Ländern auf einem historisch niedrigen Niveau. Vor diesem Hintergrund könnten sowohl die Weltkonjunktur als auch die Konjunktur in Deutschland kräftiger expandieren als hier erwartet. Eine

Tabelle 1: Eckdaten der Prognose für Deutschland

	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Reales Bruttoinlandsprodukt						
(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	2,7	1,0	-4,7	3,6	2,8	2,0
Westdeutschland ^a	2,7	1,1	-4,9	3,8	2,8	2,0
Ostdeutschland ^b	2,3	0,3	-3,3	2,0	2,0	1,9
Erwerbstätige ^c (in 1.000 Personen)	39.724	40.276	40.271	40.483	40.913	41.188
Arbeitslose (in 1.000 Personen)	3.760	3.258	3.415	3.238	2.888	2.709
Arbeitslosenquote ^d (in %)	9,0	7,8	8,1	7,7	6,9	6,5
Verbraucherpreise ^e						
(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	2,3	2,6	0,3	1,1	2,4	2,0
Lohnstückkosten ^f						
(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	-0,1	2,4	5,2	-0,9	0,9	1,7
Finanzierungssaldo des Staates ^g						
in Mrd. €	6,3	2,8	-72,7	-82,0	-45,1	-23,5
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	0,3	0,1	-3,0	-3,3	-1,7	-0,9
Leistungsbilanzsaldo (in Mrd. €)	181,2	154,8	133,7	141,4	153,4	157,4

a) Einschließlich Berlin. – b) Ohne Berlin. – c) Im Inland. – d) Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit). – e) Verbraucherpreisindex (2005=100). – f) Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer bezogen auf das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen. – g) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 95).

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Deutsche Bundesbank; 2011 und 2012: Prognose der Institute.

merklich stärkere Konjunktur würde über kurz oder lang zu einem höheren Preisauftrieb führen und könnte eine Lohn-Preis-Spirale in Gang setzen.

Ostdeutschland

In Ostdeutschland (ohne Berlin) hat die Wertschöpfung im Jahr 2010 mit 2,4 % nicht so kräftig zugelegt wie in Westdeutschland. Allerdings war der vorangegangene Konjunkturreinbruch auch deutlich milder ausgefallen. Zum einen wurde die ostdeutsche Wirtschaft aufgrund ihrer geringeren Exportorientierung weniger stark vom Kollaps und der nachfolgenden raschen Erholung des Welthandels berührt. Zum anderen ist die Nachfrage nach ostdeutschen Industrieprodukten aufgrund des geringeren Gewichtes von Investitionsgütern weniger zyklisch. Insgesamt war der Produktionsrückstand im Jahr 2010 gegenüber dem Vorkrisenjahr 2008 in beiden Regionen in etwa gleich: In Ostdeutschland betrug er 1,7 %, in Westdeutschland 1,5 %. Der Anpassungsprozess beim BIP je Einwohner hat sich – bei anhaltendem Bevölkerungsrückgang – tendenziell fortgesetzt.

Getragen wurde der Produktionsanstieg vom Verarbeitenden Gewerbe, in dem die Wertschöpfung um 10,3 % expandierte; sie lag damit im Jahr 2010 nur noch um 5,8 % unter dem Stand aus dem Jahr 2008, im Vergleich zu 9,1 % in Westdeutschland. Der Anstieg der Bauproduktion war deutlich schwächer als in Westdeutschland. Bei öffentlichen und privaten Dienstleistern, vor allem wohl im Bereich Erziehung und Unterricht, schrumpfte die Wertschöpfung leicht, während sie in den alten Ländern deutlich stieg. Darin spiegelt sich wider, dass in Ostdeutschland aufgrund der natürlichen Bevölkerungsbewegung und von Wanderungsverlusten die Einwohnerzahl zurückgeht, was zu einem sinkenden Bedarf an Wohnraum und einer rückläufigen Nachfrage nach personenbezogenen Dienstleistungen führt.

Zwar wirken die demographischen Trends im Prognosezeitraum weiterhin dämpfend. Der Produktionsanstieg wird aber kräftig bleiben. Die Industrieproduktion wird – begünstigt durch die deutschlandweit anziehende Inlandsnachfrage – weiter deutlich zulegen und ist damit der Treiber der Konjunktur in Ostdeutschland. Allerdings dürfte Westdeutschland auch in diesem Jahr stärker von der hohen Exportdynamik profitieren. Alles in allem rechnen die Institute mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2011 um 2,0 %. Im Jahr 2012 dürfte die Produktion fast genau so stark zunehmen wie in Westdeutschland, da sich die treibenden Kräfte des Aufschwungs auf die Inlandsnachfrage verlagern und Ostdeutschland hiervon aufgrund seiner Produktionsstruktur stärker profitiert.

Die Lage auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt hat sich im Aufschwung deutlich gebessert. Die Zahl der Erwerbstätigen nahm im Jahr 2010 um 33.000 Personen zu. Mit 0,6 % war der Anstieg sogar etwas stärker als in Westdeutschland. Entscheidend dafür war der etwas kräftigere Anstieg bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Eine positive Entwicklung wird auch für den Prognosezeitraum erwartet. Die Zahl der Erwerbstätigen wird im Jahr 2011 um 0,6 % und im Jahr darauf um 0,4 % zunehmen. Infolge des anhaltend kräftigen Rückgangs des Arbeitsangebots und der hohen Wanderungsverluste wird die Zahl der registrierten Arbeitslosen – gemessen am Beschäftigungsaufbau – erneut überproportional abnehmen. Allerdings wird die auf die Erwerbspersonen bezogene Arbeitslosenquote mit 11,1 % im Jahr 2011 und 10,5 % im kommenden Jahr weiterhin über der in Westdeutschland liegen.

Wirtschaftspolitik

Die EUROPÄISCHE UNION sucht nach der Aufgabe des im Maastrichter Vertrag verankerten No-Bail-Out-Prinzips nach einem neuen institutionellen Rahmen für die Finanzpolitik. Der Europäische Rat hat am 24. und 25. März 2011 Maßnahmen mit dem Ziel beschlossen, die fiskalische Disziplin zu stärken, sogenannte makroökonomische Ungleichgewichte zu vermeiden und die wirtschaftspolitische Koordinierung auszuweiten. Ferner soll der gegenwärtige Rettungsschirm für notleidende Euroländer im Jahr 2013 durch einen Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM) abgelöst werden. Das klare Bekenntnis zu rigoroser fiskalischer Konsolidierung ist zu begrüßen. Auch der Ansatz des Euro-Plus-Paktes, die ökonomischen Entwicklungen in den Mitgliedsländern der Währungsunion systematisch zu diskutieren und Probleme zu identifizieren, erscheint insofern sinnvoll, als damit die Transparenz erhöht und möglicherweise politischer Handlungsdruck erzeugt wird. Dabei ist insbesondere zu begrüßen, dass die Verantwortung für eine solide Wirtschaftspolitik letztlich bei den nationalen Regierungen verbleiben soll. Dies sollte aber auch implizieren, dass die Länder die finanziellen Folgen ihres wirtschaftspolitischen Handelns selber tragen. Die beschlossenen Regelungen zum ESM lassen diesbezüglich jedoch Zweifel aufkommen. Die aktuellen Regelungen lassen vielmehr erwarten, dass die Gläubiger auch bei schwerwiegenden Finanzierungsproblemen eines Landes nicht an den Kosten beteiligt werden; dies sollte aber geschehen, damit die Märkte Risiken adäquat bewerten. Eine Beteiligung der Kapitalgeber ist nur glaubhaft, wenn ein staatlicher Zahlungsausfall nicht zu größeren Verwerfungen auf den Finanzmärkten oder im Bankensystem führt.

Um dies zu erreichen, ist ein geordnetes Insolvenzverfahren für Staaten erforderlich. Der mit dem ESM eingeschlagene Weg gewährleistet dies nicht und kann letztlich dazu führen, dass die Solidarität der solideren Länder erheblich strapaziert wird. Die Institute empfehlen der Bundesregierung daher, auf Änderungen beim ESM hinzuwirken mit dem Ziel, einen funktionsfähigen und anreizkompatiblen Insolvenzmechanismus für Staaten zu schaffen.

In Deutschland hat sich die Lage der öffentlichen Finanzen bereits deutlich entspannt; schon 2011 wird die 3-%-Defizitmarke wieder unterschritten werden. Neben der guten Konjunktur tragen auch die Konsolidierungsmaßnahmen dazu bei. Die auf Basis der Finanzplanung 2010 festgelegte maximale Nettokreditaufnahme des Bundes erscheint aus heutiger Sicht hoch und dürfte deutlich unterschritten werden. Dies könnte Begehrlichkeiten für Ausgabenerhöhungen oder Steuersenkungen wecken. Wichtig ist, dass der Konsolidierungskurs in den kommenden Jahren dennoch beibehalten wird. Von umfangreichen Steuersenkungen ist gegenwärtig abzuraten, sofern ihnen keine entsprechenden Ausgaben-

kürzungen gegenüberstehen. Dem Gewinn an Effizienz stünde nämlich eine geringere Robustheit gegenüber, wenn Steuersenkungen dazu führen sollten, dass die Schuldenquote nicht konsequent wieder zurückgeführt wird.

Von der Finanzpolitik werden somit in den kommenden Jahren restriktive Impulse ausgehen. Diese werden in anderen Euroländern sogar deutlich stärker ausfallen müssen als in Deutschland. Dies hat auch Implikationen für die Geldpolitik. Es ist immer noch von einer Unterauslastung im Euroraum auszugehen. Auch geben monetäre Indikatoren und Inflationserwartungen keinen Anlass dazu, von unmittelbaren Gefahren für die Preisstabilität auszugehen. Mit zunehmender Schließung der Produktionslücke werden zwar Zinsschritte erforderlich. Dabei sollte die EZB aber angesichts der immer noch erhöhten Unsicherheit eine gewisse Vorsicht walten lassen.

¹ Gekürzte Fassung der Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2011, Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, veröffentlicht in: ifo Schnelldienst, 8/2011, S. 3 ff.